Rundbrief 01 / 14

attac

Große Koalition und die Folgen

Attac kämpft weiter für soziale Gerechtigkeit



Foto: Klaus Ihlau

Inhalt

1 EUR 50

Ungeliebt, aber dennoch von der SPD-Basis abgesegnet, ist sie wieder da: Die große Koalition. Die Opposition aus Linke und Grüne im Bundestag ist verschwindend klein, ihr Einfluss auf Gesetze und auf die Politik der Regierung gleich Null. Politisches Engagement außerhalb des Parlaments, insbesondere das von Attac, hat daher eine noch größere Bedeutung. Die etwas mehr als 80.000 SPD-Mitglieder, die in der parteiinternen Befragung mit Nein zur Großen Koalition stimmten, haben den Koalitionsvertrag wahrscheinlich gründlich studiert – denn obwohl Gerechtigkeit das bestimmende Thema der SPD im Wahlkampf war, überlässt der Koalitionsvertrag den Kampf für soziale Gerechtigkeit den außerparlamentarischen demokratischen Kräften der Zivilgesellschaft.

Die Überwindung der Spaltung unserer Gesellschaft hat mit diesem Koalitionsvertrag keine Chance. Die Reichen können weiter reicher werden, die große Mehrheit bis hinein in die Mittelschicht wird ärmer werden. Ein Umverteilen von oben nach unten durch mehr Steuergerechtigkeit? Fehlanzeige: kein höherer Spitzensteuersatz, keine Abflachung des Steuertarifs, keine Vermögenssteuer, keine höhere Erbschaftssteuer. Die hohen Einkommensbezieher und die Vermögenden lachen sich ins Fäustchen, die Arbeitnehmer sind trotz des Mindestlohns gekniffen. Die Süddeutsche Zeitung rechnet uns vor, wie der Verzicht auf jede Steuer- und Abgabenreform dazu führt, dass viele Millionen Bürgerinnen und Bürger in den kommenden vier Jahren viele Milliarden Euro mehr Steuern und Sozialabgaben zahlen müssen. Das trifft besonders Familien mit geringen und durchschnittlichen Einkommen.

Nicht besser sieht es bei der überfälligen Regulierung der Finanzmärkte aus: Im Koalitionsvertrag fehlt jeder Ansatz, die Macht der Banken zu begrenzen, die Finanzmärkte zu schrumpfen und sie der Realwirtschaft unterzuordnen. Als einziger Lichtblick bleibt das Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer FTT mit breiter Bemessungsgrundlage.

In der Europapolitik stehen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble für eine Fortsetzung der verheerenden Austeritätspolitik, deren Bumerangeffekt uns bald erreichen wird. Und nun bekennen sich die Sozialdemokraten ebenfalls zum Freihandelsabkommen TTIP, das alle „nicht-tarifären Handelsbarrieren" zwischen der EU und den USA wegverhandeln soll – mit katastrophalen Folgen für soziale Errungenschaften, Umwelt, Kultur, Verbraucherschutz und Demokratie. Kurz: Das ist ein Staatsstreich der Konzerne gegen die Demokratie.

In dieser Situation ist Attac wichtiger denn je. Wir werden unsere Kämpfe verstärken: Gegen das TTIP, für die Entwaffnung der Finanzmärkte, für eine angemessene Besteuerung der Konzerne, für die Energiewende und für ein soziales Europa.

Detlev von Larcher, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern

Blockupy 2014

Europaweite Vernetzung und Strategien für gemeinsame Proteste



Foto: Lars Hoff

Laut Bundeskanzlerin Angela Merkel sind „wir" bisher gut durch die Krise gekommen. Aber wer ist „wir"? Durch gewaltige Bankenrettungspakete wurde das globale Finanzsystem vor dem Zusammenbruch bewahrt. Nun können die Banken dank der lockeren Geldpolitik der EZB ohne Risiko Profite machen, indem sie das billige Zentralbankgeld in Staatsanleihen investieren, für die sie vergleichsweise hohe Zinsen kassieren. Im industriellen Sektor kommt von dem billigen Geld wenig an, weil den Banken die Kreditvergabe an die Industrie in vielen Fällen zu riskant ist.

Die Kapitalanleger haben die Kosten der Krise zum großen Teil auf die lohnabhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen, die Erwerbslosen und RentnerInnen abgewälzt. Diese Gruppen haften auch als Steuerzahler im Falle einer erneuten Zuspitzung der Krise für die Notkredite der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM). Vor allem aber tragen sie die Last der Austeritätspolitik. Griechenland hat inzwischen fünf Jahre Rezession hinter sich; das Sozialprodukt ist heute etwa um ein Viertel kleiner als zu Beginn der Krise. Die Arbeitslosenquote liegt in Griechenland und Spanien bei 27 Prozent. Etwa 60 Prozent der Jugendlichen sind in beiden Ländern erwerbslos.

Die Lage im Süden Europas trägt alle Zeichen eines mehr und mehr zur Normalität werdenden Ausnahmezustands. Die dortigen Länder sind ein Laboratorium neuer Formen der Herrschaft, aber auch des Widerstands. In Spanien hat die Plattform der von den Hypotheken Betroffenen hunderte von Menschen vor der Obdachlosigkeit bewahrt und Zwangsräumungen verhindert. Solidarische Ärzte versorgen in Griechenland tausende bedürftiger Patienten, die keinen Krankenversicherungsschutz mehr besitzen. Beschäftigte der Elektrizitätswerke weigern sich, den Menschen, die ihre Stromrechnung nicht mehr zahlen können, den Strom abzustellen. Universitäten streiken, weil ein ordnungsgemäßer Betrieb mangels Personal nicht mehr möglich ist.

Viele Menschen in Attac werden auch 2014 im Blockupy-Bündnis die europäischen Kämpfe gegen die Austeritätspolitik unterstützen. Im November 2013 fand in Frankfurt am Main eine europäische Aktionskonferenz des Blockupy-Bündnisses mit rund 450 TeilnehmerInnen aus mehr als 15 Ländern statt. Die starke Beteiligung von AktivistInnen aus dem Ausland war bemerkenswert. Vereinbart wurden zum einen dezentrale europäische Aktionstage zwischen dem 15. Mai (dem Jahrestag der 15M-Bewegung in Spanien, an dem voraussichtlich auch eine Sitzung des Europäischen Rats in Brüssel stattfindet) und dem 25. Mai (dem Tag der Wahlen zum Europäischen Parlament). Zum anderen wurden Aktionen des massenhaften zivilen Ungehorsams und eine große Demonstration bei der geplanten Eröffnung des Neubaus der EZB im Herbst 2014 verabredet. Die zahlreichen Regierungs- und Zentralbankchefs, die voraussichtlich an der Eröffnungsfeier teilnehmen werden, sollen unseren Unmut spüren. Der genaue Termin für die Eröffnungsfeier des EZB-Neubaus steht noch nicht fest. Die EZB hat lediglich mitgeteilt, sie plane ein großes Ereignis im vierten Quartal 2014. Notwendig ist daher eine Mobilisierung zum Tag X, ähnlich wie bei den Castor-Transporten.

Bisher wurden die Aktivitäten des Blockupy-Bündnisses in erster Linie in Deutschland organisiert und koordiniert. Aber schon 2012 und 2013 gab es eine starke internationale Beteiligung an den Blockupy-Aktionen. Inzwischen entsteht auch eine europäische Koordinationsstruktur für die neue Runde der Krisenproteste – am 25. Januar fand ein erstes Treffen mit AktivistInnen aus Griechenland, Spanien, Italien, Belgien, Österreich und Deutschland statt. Darunter waren auch VertreterInnen des Alter Summit-Netzwerks.

Der Wille, die Strukturen des Blockupy-Bündnisses stärker zu internationalisieren, resultiert aus der Einsicht, dass ein Politikwechsel nur durchgesetzt werden kann, wenn die herrschende Politik auf allen Ebenen herausgefordert wird – insbesondere auch auf der europäischen Ebene. Die Herrschenden sind längst auf europäischer Ebene organisiert – es wird Zeit, dass die oppositionellen Kräfte sich auch stärker europäisieren.

Am 26. Januar wurden die Aktionsplanungen für den deutschsprachigen Raum bei einem mit rund 250 TeilnehmerInnen ebenfalls sehr gut besuchten Blockupy-Aktiventreffen weiter konkretisiert. Es wurde über Planungen für dezentrale Aktionen in 19 Städten im Mai berichtet. Die Anwesenden verständigten sich für Deutschland auf zentrale Aktionen in Berlin und Hamburg sowie eventuell in Düsseldorf und Stuttgart am 17. Mai. Des Weiteren wird eine Aktion in Wien stattfinden. Verschiedene Arbeitsgruppen wurden gebildet, die die Aktionen im Mai und im Herbst weiter vorbereiten. Vor oder zwischen den Demonstrationen und den Aktionen zivilen Ungehorsams anlässlich der Eröffnung des EZB-Neubaus wird es auch ein begleitendes Veranstaltungsprogramm geben, vielleicht einen „Gegengipfel" ähnlich wie beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007. Aus dem Kreis des Europäischen Attac-Netzwerks gibt es in diesem Zusammenhang auch die Idee, ein Tribunal zur Politik der Troika und speziell ein Audit zur Politik der EZB durchzuführen.

Damit die geplanten Aktionen ein Erfolg werden, ist es notwendig, dass sich viele Tausend Attac-Mitglieder daran beteiligen. Andere Attac-Aktivitäten wie die Kampagne gegen das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) sollten mit Blockupy verbunden werden. Das nächste Blockupy-Aktiventreffen findet am 23. März im Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main statt.

Thomas Sablowski, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und aktiv in der Attac-Projektgruppe Eurokrise

www.blockupy-frankfurt.org

Mit allen Tricks

Im Steuerdschungel von IKEA

IKEA – ein sympathisches Modehaus für junge Leute? Die Wahrheit ist: Bei IKEA findet man alles, was in Handbüchern für internationale Konzerne zur Steuervermeidung beschrieben wird. Das, was Amazon, Starbucks, Apple und Google heute praktizieren, hat IKEA bereits vor dreißig Jahren erfunden. IKEA ist ein Lehrbeispiel für jeden, der sich kritisch mit dem Thema Steuervermeidung und Steueroasen beschäftigt.

IKEA ist ein Konglomerat aus drei unabhängigen Konzernen, die von der Familie Kamprad kontrolliert werden. Es besteht aus hunderten von Tochterfirmen und mindestens einem halben Dutzend Stiftungen, die kompliziert verschachtelt sind. Man kann sich richtig vorstellen, wie Steuerbeamte beim Versuch sich einen Weg durch diesen Dschungel zu schlagen, verzweifelt aufgeben.

IKEA ist die größte Möbelmarke der Welt, verkauft aber auch Häuser und Solarpanels, betreibt Einkaufs- und Vergnügungszentren, baut ganze Siedlungen und plant neuerdings Hotels, Studentenwohnheime und einen Stadtteil in London im IKEA-Stil. Firmen des Konglomerats beschäftigen über 140.000 Mitarbeiter in mindestens 44 Ländern auf allen Erdteilen und setzten 2012 mehr als 35 Milliarden Euro um.

Herr des Ganzen ist der 86-jährige Gründer Ingvar Kamprad. Er soll mit über 40 Milliarden Euro der reichste Mann Europas und der viertreichste Mann der Welt sein. Er hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass er Steuern stets als Kosten betrachtet. Deshalb habe er eine „optimierende Struktur“ gewählt.

IKEA präsentiert sich stets als vorbildliche skandinavische Firma, die für eine bessere, gerechtere und nachhaltige Welt kämpft und ihre Kunden duzt. In Wahrheit hat dieses Image viele schwarze Flecken. Vor der Wende ließ IKEA Möbel von DDR-Häftlingen produzieren. Viele Millionen Bäume wurden illegal in der Taiga abgeholzt und über China mit einem Ökosiegel versehen. In verschiedenen IKEA-Möbeln wurde 2003 giftiger Formaldehyd nachgewiesen. Allerdings reagierten IKEA-Manager auf solche Vorwürfe meist prompt mit Korrekturen.

Aus einer Reihe von Ländern gibt es Berichte über die Bespitzelung von Mitarbeitern, die Behinderung von Betriebsräten, die Diskriminierung von Frauen und schwarzen Mitarbeitern und über Korruption. 2013 verweigerte IKEA die Teilnahme an einem Parlamentshearing zur Steuervermeidung in den Niederlanden, wo das Unternehmen massive Steuervorteile nutzt.

INGKA[1] Gruppe[2]	Inter IKEA Gruppe[2]	IKANO Gruppe[2]
Stichting INGKA (Niederlande) Mehrere Tochterstiftungen	Interogo Foundation (Liechtenstein)	im Privatbesitz der Söhne von I. Kamprad
INGKA Holding B.V. (Niederlande)	Inter IKEA Holding S.A. (Luxemburg)	Ikano S.A. (Luxemburg)
• Unternehmensberatung • **Produktentwicklung** • Möbel- und Holzindustrie (50 Fabriken in 10 Ländern) • Einkauf (29 Standorte, 1084 Zulieferer) • Logistik (26 Warenlager) • **303 Möbelhäuser** • Gaststätten	• Holding Services (Belgien) • **Finanzen und Investment** (Schweden, Curacao, Zypern, Virgin Islands) • **Francising IIS** (Niederlande) • Einkaufszentren (DK + 9 a.) • Immobilien (NL u. a.)	• **Kapital-Verwaltung** (Schweiz) • **Fund Management** (Lux) • **Ikano Bank** (Schweden + 9 a.) • Real Estate (Schweden) • Insurance Unit (Luxemburg, Curacao, USA, Schweden) • Einkaufszentren (Singapur, Thailand, Malaysia)

[1] wird auch IKEA Gruppe genannt – nicht zu verwechseln mit der Inter IKEA Gruppe
[2] strategisch wichtige Unternehmen sind fett gedruckt

Das gnadenlose Kostenregime und die Bemühungen um ein wohltätiges Image machen heute den schwedischen Möbelkonzern aus.

Mögliche Steuertricks des Konzerns sind:

- IKEA Möbelmärkte haben fast kein Eigenkapital und zahlen deshalb Zinsen für die Kredite, die sie vom Gewinn abziehen können. Diese Zinsen landen steuerfrei oder steuerbegünstigt bei einem anderen Unternehmen des Konglomerats, beispielsweise bei der IKANO Bank.
- Die Möbelmärkte zahlen 3 Prozent des Umsatzes (das ist rund ein Drittel des Gewinns) als Lizenzgebühren an das Franchising-Unternehmen Inter IKEA Systems BV. Letzteres ist als Entwicklungsfirma steuerbegünstigt und zahlt nur 5 Prozent Steuern.
- Auch die Gestaltung der Verrechnungspreise zwischen den IKEA-eigenen Herstellern, dem Zwischenhandel und den Möbelmärkten lassen viele Spielräume für Steueroptimierungen.
- Die eigene IKANO Bank finanziert günstige Kundenkredite. Die Subventionierung der Kredite ermöglicht Gewinnverschiebungen nach Luxemburg.
- Die IKANO Versicherungen ermöglichen es Firmen des Konglomerats, weitere Gewinnanteile in Form von Versicherungsprämien zu transferieren.
- Die hauseigene Kapitalverwaltung in der Schweiz und das Fondsmanagement in Luxemburg ermöglichen eine optimale Strukturierung von Wertpapierfonds über eigene Filialen in Steueroasen (Curacao, Virgin Islands und Zypern).
- Das Privatvermögen der Kamprads wird bei der Interogo-Stiftung mit Sitz in Liechtenstein gesammelt. Dort können Unternehmensgewinne steuerfrei in Privates Vermögen umgewandelt werden. Vermögenssteuern fallen nicht an – bis auf einen Pauschalbetrag von 1200 Schweizer Franken. Insgesamt soll Kamprad durch die Interogo Foundation in 20 Jahren Steuern in Höhe von 2,3 bis 3,2 Milliarden Euro gespart haben.
- Die INGKA Gruppe befindet sich im Besitz der steuerbegünstigten Stichting INGKA, deren Stiftungszweck die Förderung der Innenarchitektur ist. Sie ist vor der Bill and Melinda Gates Foundation die reichste gemeinnützige Stiftung der Welt.
- Ingvar Kamprad lebt seit den 1970er-Jahren aus steuerlichen Gründen in der Schweiz.

Das Ergebnis all dieser Maßnahmen ist beachtlich. Abschätzungen legen nahe, dass IKEA auf seine tatsächlichen Gewinne prozentual weniger als die Hälfte von dem zahlt, was ein mittelständisches Unternehmen in Deutschland abgeben muss.

Die Attac-Kampagne Konzernbesteuerung fordert weiter das Austrocknen der Steueroasen durch eine Gesamtkonzernsteuer und plant Aktionen auch bei IKEA.

Karl-Martin Hentschel, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern

www.attac.de/steuertricks

Transatlantisches Handelsabkommen TTIP

EU und USA planen gigantisches Liberalisierungsprogramm

Pia Eberhardt arbeitet für die in Brüssel ansässige lobbykritische Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) zur Frage des Konzerneinflusses auf die europäische Handelspolitik. Im Interview erklärt sie die Hintergründe und Gefahren des TTIP.

Als ich das erste Mal von diesen Verhandlungen hörte, habe ich sofort an das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) denken müssen. Der Widerstand gegen dieses Abkommen war ja damals Mitte der 1990er-Jahre ein Geburtshelfer der globalisierungskritischen Bewegung. Ist das TTIP der Wiedergänger des MAI?
Das TTIP ist auch eine Wiedergeburt des MAI, weil im Rahmen von TTIP weitgehende Investorenrechte verhandelt werden sollen, so wie damals beim MAI. Aber das TTIP geht weit darüber hinaus: Hier geht es nicht nur um die Liberalisierung von Investitionen und weitgehenden Schutz von Investoren, sondern auch um Zölle, um die Liberalisierung von Dienstleistungen, um geistige Eigentumsrechte, ein ganzes Kapitel zu regulatorischer Kooperation, also eine sehr viel breitere Verhandungsagenda als beim MAI.
Es gibt eine globale investitionsrechtliche Agenda, die sich seit dem MAI weiterentwickelt hat, und es gibt eine handelspolitische Agenda. Da gibt es zwar Überschneidungen, aber das ist nicht dasselbe.

Wie haben sich denn globale Investitionspolitiken und die Handelsagenda in den letzten Jahren entwickelt?
Das MAI ist 1998 gescheitert, aber das war nicht das Ende der Investitionsagenda. Es gibt heute über 3000 Investitionsabkommen, die meisten davon wurden bilateral verhandelt. Und diese Verträge erlauben es ausländischen Investoren schon heute gegen Staaten vorzugehen, wenn diese Gesetze erlassen, die ihre Profite schmälern. Diese Klagerechte werden auch exzessiv genutzt, es gab bis Ende letzten Jahres über 500 solcher Investorenklagen. Insofern hat sich nach dem Scheitern des MAI die Investionsschutzagenda in tausende kleine Kanäle verteilt, und jetzt kommt sie eben im größten Handelsabkommen der Welt wieder zurück.
In der Handelspolitik gibt es natürlich auch Veränderungen in den letzten Jahren, in deren Kontext das TTIP zu sehen ist: vor allem das Stocken der Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation. Es gibt schon seit Anfang des Jahrtausends keine erfolgreichen neuen Liberalisierungsschübe im Rahmen der WTO. Das hat dazu geführt, dass es mehr und mehr bilaterale und regionale Handelsabkommen gibt, und eines von denen ist das geplante transatlantische Handelsabkommen.

Ist TTIP also nur eins von vielen Abkommen?
TIIP reicht ganz klar über den transatlantischen Rahmen hinaus. Es ist ein besonderes Abkommen, weil es so breit angelegt ist wie kein anderes, das zumindest die Europäische Union jemals verhandelt hat. Und zwar breit im Sinne von Politiken, Gesetzen und Prozessen, die davon betroffen sein werden. Es wird also auch weitreichende Auswirkungen darauf haben, wir wir künftig in Europa Politik machen. Und global ist es relevant, weil sich beide Seiten – sowohl die EU als auch die USA – erhoffen, Standards zu setzen, die dann auch wiederum in anderen Freihandelsabkommen aufgegriffen werden, und dann vielleicht auch im Rahmen der WTO.
Da geht es um solche Dinge wie Exportrestriktionen bei Rohstoff- und Energieexporten. Das ist ein sehr umkämpftes Thema bei vielen bilateralen Verhandlungen und auch im Rahmen der WTO. Und da erhoffen sich eben beide Seiten, dass – wenn sie sich auf ein solches Verbot einigen können – auch Schwellenländer, Entwicklungsländer und andere Staaten dem Folge leisten werden.

Warum wird TTIP gerade jetzt angeschoben?
Das ist eine gute Frage. Das Projekt eines transatlantischen Freihandelsabkommens ist alt, etwa zwei Jahrzehnte, getragen von ökonomischen und politischen Eliten auf beiden Seiten des Atlantiks. Dieses Projekt hat aber nie dazu geführt, dass tatsächlich auch Verhandlungen eingeleitet wurden.
Dass das jetzt passiert, hat einerseits mit globalen Machtverschiebungen zu tun: mit dem Aufstieg der so genannten Schwellenländer. Es ist ein Projekt, das sich auch gegen China richtet. Gleichzeitig verhandelt die Europäische Union derzeit aber auch ein bilaterales Investitionsabkommen mit China – TTIP ist also nicht nur ein Anti-China Projekt.

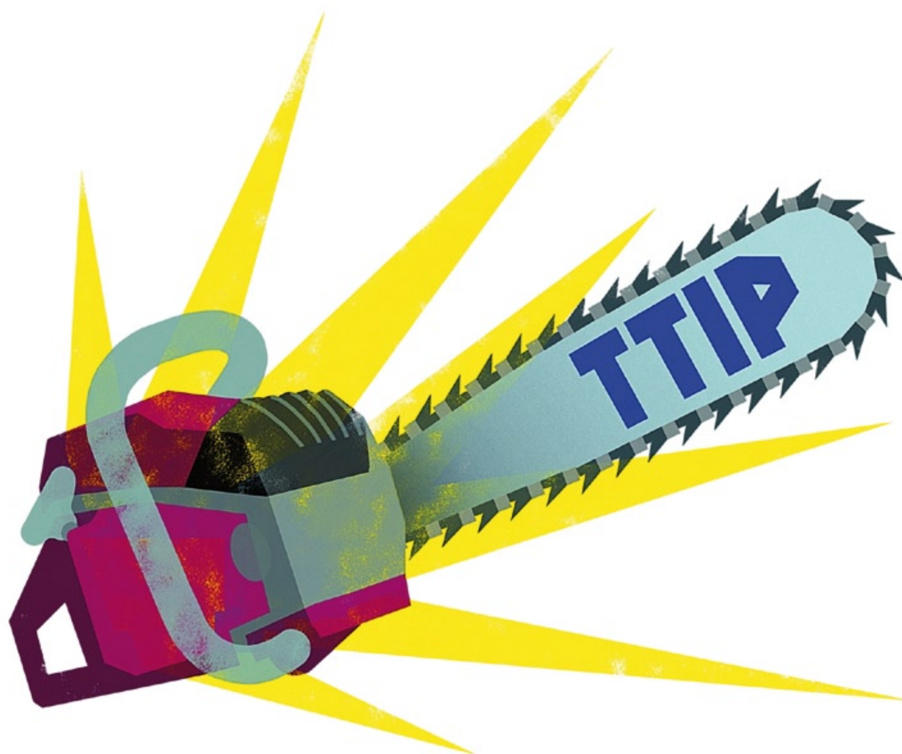
Freihandelsabkommen EU-USA – Konzerne profitieren, Menschen verlieren!

Die EU-Kommission hat vom Europäischen Rat ein umfassendes Mandat erhalten, mit den USA ein umfassendes Abkommen zur Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) auszuhandeln. Fast alle Wirtschaftsbereiche kommen dabei auf den Tisch. Die konkreten Inhalte werden aber wie Staatsgeheimnisse gehütet; die Positionen der EU-Kommission bei den Verhandlungen erfuhr die Bevölkerung nur durch unerlaubt veröffentlichte Dokumente. Erheblichen Einfluss auf die Verhandlungen hat dagegen die Wirtschaftslobby, die den Großteil der berücksichtigten Expertisen stellt.
Nun wollen die Beteiligten schnell Fakten schaffen: Bis spätestens 2015 sollen die im letzten Sommer begonnenen Verhandlungen abgeschlossen sein. Diese Zeit bleibt uns, um das Vertragswerk zu stoppen!



Foto: Klaus Ihlau

TTIP ist andererseits auch im Konext der Krise und der weitreichenden Restrukturierungen zu sehen, die derzeit in Europa ablaufen. TTIP ist in diesem Kontext ein Versuch, neue Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital zu eröffnen und dabei Regulierungen, Sozialstandards und soziale Sicherungssysteme zurückzubauen, und zwar fernab von demokratischen politischen Entscheidungsprozessen.



Wer treibt die Verhandlungen maßgeblich voran, und wer verdient letztlich daran?
Die Hauptprofiteure werden weltmarktorientierte Kapitalfraktionen sein, also Unternehmen, die auf dem Weltmarkt aktiv sind. Und diese gehören auf beiden Seiten des Atlantiks zu den treibenden Kräften. Fürsprecher haben sie für diese Agenda vor allem in der Europäischen Kommission, in der Generaldirektion Handel, die die Verhandlungen für die EU leitet. Unter den Mitgliedsstaaten der EU hat natürlich Deutschland als exportorientierte Wirtschaft großes Interesse an den Verhandlungen, aber ganz sicher auch Großbritannien, beispielsweise an der weiteren Liberalisierung der Finanzmärkte. Das Freihandelsdogma war bisher unter europäischen Regierungen und ParlamentarierInnen fast aller Couleur völlig unumstritten, aber das ändert sich gerade.

Wie siehst Du das Kräfteverhältnis unter den Verhandlungspartnern? Gibt es eine Seite, die sich auf Kosten der anderen Vorteile verschaffen will?
Es gibt viel Gerede darüber, dass die EU aufgrund der Krise in Europa auf der schwächeren Seite stünde, aber ich gehe davon aus, dass hier auf Augenhöhe verhandelt wird. Es gibt nicht die bösen Amis dort und die guten Europäer hier.
Ich finde es ganz wichtig für Attac und andere Akteure, bei der Kritik an TTIP nicht in plumpen Anti-Amerikanismus zu verfallen. Natürlich ist es wichtig, die Menschen darauf hinzuweisen, was hier auf dem Spiel steht.Und da geht es auch um Forderungen von amerikanischen Konzernen, die hier zum Beispiel Gentechnik auf unsere Teller bringen oder Arbeitsrechte abbauen wollen. Aber europäische Konzerne wollen das ganz genauso. Die Agenda der Verhandlungen wird von amerikanischen und von europäischen Kapitalakteuren betrieben. Der Finanzbereich ist ein gutes Beispiel, denn hier sind es vor allem europäische Konzerne, denen die amerikanischen Regulierungen zu weit gehen. Hier attackieren europäische Konzerne Regulierungen in den USA. Es sind europäische Regierungen, die sich für diese Verhandlungen aussprechen. Ich finde das wichtig, denn wir können jetzt schon sehen, dass die extreme Rechte in Europa anfängt, gegen TTIP zu mobilisieren, und es ist entscheidend, sich schon zu einem frühen Zeitpunkt von deren Kritik abzugrenzen.

An welchen Stellen kann der Widerstand der Zivilgesellschaft ansetzen?
Die Verhandlungsagenda ist voller Knackpunkte, weil potentiell alles auf dem Spiel steht, wofür soziale Bewegungen in Europa jahrzehntelang gekämpft haben: umweltpolitische Maßnahmen, Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, Datenschutz, strengere Regulierung der Finanzmärkte, Lebensmittelsicherheit. Ein Thema, auf das sich bisher alle Organisationen und Bewegungen, die TTIP kritisch gegenüber stehen, einigen konnten, sind die Investor-Staat-Klagerechte. Diese sind ein so weitreichender Angriff auf die Demokratie, dass es Sinn macht, den Widerstand darauf zu fokussieren. Hierzu gibt es auch in den Regierungen und Parlamenten immer mehr Zweifel und Kritik. Ein weiteres Thema, das die zivilgesellschaftlichen Aktuere eint, ist die Frage nach Demokratie und Transparenz. Jedes Gesetz in Europa, das derart weitreichende Auswirkungen auf das Leben von uns allen hat wie es TTIP haben könnte, wird öffentlich gemacht und in seinen verschiedenen Stadien breit diskutiert werden. TTIP hingegen wird im Geheimen verhandelt, wir werden bis zum Abschluss der Verhandlungen keine offiziellen Textentwürfe zu sehen bekommen, jedenfalls keine freiwillig von der EU oder den USA veröffentlichten. Dies ist ein Punkt, an dem die Verhandlungen anfällig sind für Kritik, weil eigentlich niemand versteht, wieso das hinter verschlossenen Türen passiert. Deshalb ist es wichtig, bis zum Abschluss der Verhandlungen immer und immer wieder auf die Veröffentlichung der Verhandlungstexte zu dringen – neben dem Fokus auf Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutzstandards und der Ablehnung der Investor-Staat-Schiedsgerichte natürlich.
Hier sehe ich auch die Rolle von Attac und anderen Basisbewegungen: Menschen das Wissen über dieses Abkommen und die Gefahren, die es birgt, näher zu bringen. Bisher sind es ja in ganz Europa nur sehr wenige, die überhaupt von diesen Verhandlungen wissen. Das Öffentlichmachen und Besetzen dieses Themas, zum Beispiel in den Ortsgruppen, wird auch die mediale Aufmerksamkeit beeinflussen. Man kann das jetzt schon sehen: In den Ländern, in denen es Organisationen gibt wie Attac, die damit begonnen haben, Pressemitteilungen und kritische Analysen zu veröffentlichen, beginnen auch die Mainstreammedien, sich kritisch mit dem Thema zu befassen, was wiederum mehr Menschen auf TTIP aufmerksam macht. In Ländern, wo es diese Politisierung von unten nicht gibt, reproduzieren die Medien noch immer die Fantasiezahlen der EU-Kommission bezüglich Wachstum und Arbeitsplätzen dank TTIP. Dieses Engagement von unten ist wichtig, um diese Propaganda zu enttarnen und immer mehr Menschen für die Risiken der Verhandlungen zu sensibilisieren.

Interview: **Max Bank**, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/ttip



„Gesamtkonzernsteuer statt Kavallerie-Geschwätz", Foto: Attac.de



„Euro Finance Week", Foto: Attac.de

Rückblick

29. Oktober 2013

Finanztransaktionssteuer: Attac hält Druck aufrecht

Während ihrer Koalitionsverhandlungen einigen sich CDU/CSU und SPD darauf, die Finanztransaktionssteuer rasch durchsetzen zu wollen. Attac lässt nicht locker, damit der Vorschlag der EU-Kommission in den Verhandlungen der elf EU-Staaten, die die Finanztransaktionssteuer einführen wollen, nicht verwässert wird.
www.steuer-gegen-armut.org

3. November 2013

Volksentscheide zur Energieversorgung

Attacies in Hamburg und Berlin engagieren sich für die Rekommunalisierung der Energieversorgung in ihren Städten. Während die HamburgerInnen mit ihrem Volksentscheid am 23. September Senat und Bürgerschaft den politischen Auftrag erteilen, das Strom- und Gasnetz sowie die Fernwärmeversorgung zurück in die öffentliche Hand zu holen, reichen beim Entscheid am 3. November in Berlin die Stimmen nicht aus.
www.unser-netz-hamburg.de
www.berliner-energietisch.net

10. November 2013

Bewerbung um Olympische Winterspiele 2022 fällt durch

Das Bündnis Nolympia, dem auch Attac-München angehört, sagt „Nein" zur Olympia-Bewerbung München 2022 mit Schuldenbergen, IOC-Knebelverträgen, Wachstumswahn, Mietpreisexplosion und Naturzerstörung. Beim Bürgerentscheid erteilt eine Mehrheit den Olympia-Plänen eine Abfuhr.
www.nolympia.de

11. November 2013

TTIP: Offener Brief an Bundestagsabgeordnete

In einem Offenen Brief an alle Bundestagsabgeordneten fordert Attac diese auf, sich eingehender mit dem geplanten EU-USA-Freihandelsabkommen (TTIP) zu beschäftigen. Die Abgeordneten sollen der undemokratischen Verhandlungspraxis und dem unsozialen TTIP-Vorhaben widersprechen sowie parlamentarischen Druck auf die Bundesregierung und verantwortliche EU-Institutionen ausüben.

12. November 2013

Gesamtkonzernsteuer statt Kavallerie-Geschwätz

Anlässlich der Koalitionsverhandlungen der Arbeitsgruppe Finanzen von CDU/CSU und SPD im Bundesfinanzministerium postieren sich vor dem Gebäude „Kavalleristen" mit Steckenpferden vor einer aufblasbaren Steueroase. Attac-Aktive fordern dagegen: „Steuerflucht stoppen. Gesamtkonzernsteuer statt Kavallerie-Geschwätz!". Gemeinsam stellen die Demonstrierenden daraufhin die Konzerngewinne in der Steueroase sicher.

18. November 2013

Protest zum Auftakt der „Euro Finance Week" in Frankfurt am Main

Das Deutsche-Bank-Vorstandsduo, Anshu Jain und Jürgen Fitschen, steht als größter Steuervermeider unter den Banken auf einem bröckeligen „Siegertreppchen" neben einer aufgeblasenen Weltkugel, auf der die fast 1000 Niederlassungen der Bank in Steueroasen markiert sind. Die Deutsche Bank ist allein auf den Kaimaninseln in der Karibik, wo keine Gewinn- und Einkommenssteuern verlangt werden, mit 105 Töchtern und verbundenen Unternehmen vertreten.

22. bis 24. November 2013

Europäische Blockupy-Aktionskonferenz berät Proteste 2014

Im Mittelpunkt der Blockupy-Proteste 2014 wird die Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main stehen. Das beschließen mehr als 450 TeilnehmerInnen der internationalen Blockupy-Aktionskonferenz in Frankfurt am Main. Da das Datum der EZB-Eröffnungsfeier noch nicht feststeht, plant das Blockupy-Bündnis eine Mobilisierung zum „Tag X".

26. November 2013

Alternatives EU-Handelsmandat präsentiert

Attac Deutschland veröffentlicht gemeinsam mit weiteren zivilgesellschaftlichen europäischen Organisationen ein „Alternatives EU-Handelsmandat". Die Organisationen entwerfen darin eine EU-Handels- und Investitionspolitik, die der Mehrheit der Menschen statt den Profitinteressen Weniger dient und zentrale Prinzipien wie Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte oder Umweltschutz zur Grundlage hat.
www.alternativetrademandate.org

1. bis 7. Dezember 2013

WTO-Bali-Paket ist Desaster für eine gerechte Welthandelsordnung

Auf Bali protestiert unter dem Motto „EndWTO" parallel zur 9. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) ein breites internationales Netzwerk sozialer Bewegungen, dem auch Attac angehört. Bei der WTO-Konferenz wird das so genannte „Bali-Package" verabschiedet. Trotz vieler Kompromissformeln nützt das Bali-Paket vor allem den Exportinteressen der Staaten des Nordens.

7. Dezember 2013

Starbucks II – Aktion für eine Gesamtkonzernsteuer

Nachdem am 5. Oktober Attac-Aktive bundesweit zehntausende täuschend echt aussehende Gutscheine für einen Kaffee und einen Muffin von „Sparbucks" vor Starbucks-Filialen verteilt haben, werden am 7. Dezember „Wutscheine", aber auch Kaffee und selbstgebackene Muffins an PassantInnen ausgegeben. Starbucks steht beispielhaft für die Steuertrickserei von Konzernen. Auf der detailgetreu nachgeahmten Konzern-Webseite www.sparbucks.de kann ein Appell an den Bundesfinanzminister unterzeichnet werden.

16. Dezember 2013

TTIP – „Schöne Bescherung"

Bei der vorweihnachtlichen Attac-Aktion in Berlin werden BürgerInnen mit einem übergroßen



„Starbucks II“, Foto: Attac Hannover

TTIP-Geschenkpaket beschert. Doch statt die versprochenen Segnungen zu bringen, begräbt das Aufsehen erregende Geschenk Demokratie, Umwelt, soziale Rechte und Verbraucherschutz – dargestellt von AktivistInnen – als „Handelshemmnisse“ unter sich. Empörte BürgerInnen verweigern daraufhin die Annahme des Pakets.

18. Januar 2014

Bundesweite Demo für gutes Essen und gute Landwirtschaft

Bei der „Wir-haben-es-satt“-Demonstration in Berlin fordern 30.000 Menschen einen Kurswechsel in der Agrarpolitik. Attac-Aktive nehmen als Teil des Bündnisblocks „TTIP unfairhandelbar“ teil.
www.ttip-unfairhandelbar.de

26. Januar 2014

Blockupy 2014: 300 Aktive konkretisieren Protestfahrplan

Nur zwei Monate nach der europäischen Aktionskonferenz kommen erneut mehr als 300 Blockupy-Aktive – darunter viele Attacies – in Frankfurt am Main zusammen. Gemeinsam verständigen sie sich auf die nächsten konkreten Schritte für Blockupy 2014: Im Rahmen einer europaweiten dezentralen Aktionswoche vom 15. bis 25. Mai wird das Bündnis zu größeren Protesten in deutschen Städten und in Brüssel mobilisieren (siehe Ausblick). Im Herbst kehrt Blockupy wie geplant nach Frankfurt zurück, um die Eröffnung der neuen EZB-Zentrale zu stören.
www.blockupy.org

31. Januar bis 2. Februar 2014

Attac kritisiert militärische Ausrichtung der „Sicherheitskonferenz“

AktivistInnen von Attac beteiligen sich an den Protesten gegen die so genannte Sicherheitskonferenz (SiKo) in München, die dieses Jahr zum 50. Mal stattfindet. Die Gegenveranstaltung „Internationale Münchner Friedenskonferenz“ bietet eine Plattform für friedenspolitische Ansätze.
www.friedenskonferenz.info



„Schöne Bescherung“, Foto: Helge Bauer

Ausblick

23. Februar 2014

Regionaltag Rheinland-Pfalz in Kaiserslautern

Das geplante EU-USA-Freihandelsabkommen, die Eurokrise, die Flüchtlingspolitik und Lobbyismus sind Themen beim Regionaltag in Kaiserslautern. In praxisorientierten Workshops geht es um Handwerkszeug wie Aktionsplanung und Pressearbeit sowie um Webseitenpflege und Datenschutz. Außerdem erfahren NeueinsteigerInnen „wie Attac tickt“.
www.attac.de/regionaltag2014

8. März 2014

Tagung „Schon mal abschalten?!“ in Hannover

Welche klimaschädlichen Industriebereiche sind verzichtbar, um die Energiewende und Klimagerechtigkeit zu schaffen? Welche Schritte zur Postwachstumsökonomie gehen über das Radieschenpflanzen hinaus? Wie sehen strukturelle Alternativen aus? Diesen Fragen geht die Tagung im Pavillon Hannover nach, die von den Attac-Arbeitsgruppen „Jenseits des Wachstums“ und „Energie Klima Umwelt“ mitorganisiert wird.

29. und 30. März 2014

Mitreden auf dem Frühjahrsratschlag

Attac-Aktive und Interessierte treffen sich zum Frühjahrsratschlag in Frankfurt am Main. Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium von Attac. Der Schwerpunkt des Frühjahrstreffens liegt auf Erfahrungsaustausch und inhaltlichen Debatten.

12. April 2014

Internationaler Aktionstag zur Konzernbesteuerung

Das europäische Attac-Netzwerk plant für den 12. April einen Internationalen Aktionstag zur Konzernbesteuerung. Der schwedische Möbelriese und Steuervermeider IKEA wird in mehreren Ländern im Mittelpunkt der Aktionen stehen.

2. bis 21. Mai 2014

Kul.Tour will TTIP stoppen

Im Vorfeld der Wahlen zum Europarlament findet eine zweiwöchige Tournee, die „Kul.Tour“, statt. Jeden Tag gibt es in einer anderen Stadt eine Veranstaltung zum geplante EU-USA-Freihandelsabkommen: Rockkonzert, Kabarett, Theater, Aktionen, Lesungen oder andere Formate. Die Tour besucht mehrere deutsche Städte und endet in Berlin.

10. Mai 2014

Energiewende retten und nicht kentern lassen

Nachdem am 30. November in Berlin 16.000 Menschen für die Rettung der Energiewende auf die Straße gegangen sind, laufen die Vorbereitungen für eine weitere Großdemonstration auf dem Lande und zu Wasser in Berlin. Attac fordert 100 Prozent erneuerbare Energie in Bürgerhand.
www.energiewende-demo.de

15. bis 25. Mai 2014

Blockupy-Proteste bei europäischer Aktionswoche

Das bundesweite Blockupy-Bündnis, dem auch viele Attac-Aktive angehören, beteiligt sich an einer europaweiten dezentralen Aktionswoche: Für den 15. Mai mobilisiert Blockupy zum EU-Gipfel in Brüssel; am 16. Mai soll es in zahlreichen deutschen Städten lokale Aktionen geben. Für den 17. Mai sind größere Proteste in Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart geplant.
www.blockupy.org

28. Mai bis 1. Juni 2014

Aktionsakademie in Oberösterreich

Unter dem Motto „Denken, Handeln, Feiern“ veranstalten Attac Deutschland, Attac Österreich, Greenpeace und Südwind mit Unterstützung von Amnesty International und GLOBAL2000 eine Aktionsakademie in Steyr. Seminare und Workshops rund um Aktion und politisches Werkzeug werden durch ein kulturelles und sportliches Rahmenprogramm ergänzt.
www.attac.at/events/aktionsakademie

19. bis 23. August 2014

Europäische Sommeruniversität (ESU) in Paris

Alle drei Jahre verlässt die Sommerakademie den nationalen Rahmen und wird zur Europäischen Sommeruniversität (ESU) des europäischen Attac-Netzwerkes. Sie bietet die Gelegenheit, Attac-Aktionen und -Kampagnen international aufeinander abzustimmen und soziale Bewegungen grenzüberschreitend miteinander zu vernetzen. Vom 19. bis 23. August erwarten die GastgeberInnen von Attac Frankreich hunderte Attac-Aktive aus ganz Europa in der Université Paris Diderot. Zentrales Thema wird die Zukunft Europas sein.
www.esu2014.org

Mehr Informationen zu den Terminen:
www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

Metaphysik und Politik

Brit Immerthal engagiert sich für den Systemwechsel

Brit Immerthal, 25, ist seit drei Jahren bei Attac aktiv. Sie arbeitet in mehreren bundesweiten Arbeitsgemeinschaften mit und ist seit November 2013 Mitglied des Koordinierungskreises. Beruflich ist sie in der Erwachsenenbildung tätig.



Brit, Du hast vor ein paar Jahren ein Praktikum im Attac-Büro gemacht, jetzt sitzt Du im Koordinierungskreis. Wie kam es dazu?
Da muss ich etwas weiter ausholen. Ich bin ein ruhiger, friedliebender Mensch. Am liebsten würde ich zurückgezogen leben und Bücher über Frauenmystik lesen – so sah mein Leben in den entscheidenden wirtschaftlichen Umbruchjahren 2008 bis 2010 aus. Politik ist spannend, aber Metaphysik ist spannender! Nach der Lehman-Pleite war mir klar, dass jetzt „was passieren muss". Also wartete ich in meiner kleinen Dachgeschosswohnung in Bremen auf den Systemwechsel. Der kam aber nicht! Was stattdessen folgte an politischem Vollversagen, hat mich stinksauer gemacht. Ich habe dann meine „Eremitage" verlassen und nach Menschen gesucht, die aktiv etwas gegen diese Verantwortungslosigkeit unternehmen, so stieß ich auf die Bremer Attac-Gruppe „Wirtschaft ohne Wachstum". Daraufhin vollzog ich meinen persönlichen Systemwechsel, habe meine Wohnung gekündigt, meine Möbel verkauft, meinen Job aufgegeben und bin nach Frankfurt gezogen. Dort habe ich ein halbjähriges Praktikum im Bundesbüro gemacht, in der ziemlich naiven Hoffnung, in kurzer Zeit zu verstehen, wie eine politische Protestbewegung funktioniert. Gewöhnungsbedürftig an Attac war für mich der teilweise recht raue Umgangston, die ruppigen älteren Herren, die verkopften Debatten und das Frauenbild, in dem ich mich überhaupt nicht wiederfinde. Trotzdem habe ich mich nach und nach durch die vielfältigen Strukturen eines Mitmachnetzwerks gearbeitet – die Wahl in den Attac-Koordinierungskreis und damit die Übernahme von Gesamtverantwortung für Attac ist dabei der vorläufige Höhepunkt.

Welche sind denn Deine inhaltlichen Betätigungsfelder?
Begonnen habe ich mit dem Thema „Wachstumskritik". Später habe ich mich in der bundesweiten AG „Genug für alle" engagiert, deren Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ich vertrete. Ich bin im deutschen Bürgerausschuss der Europäischen Bürgerinitiative Grundeinkommen und seit März dieses Jahres Rätin im Netzwerk Grundeinkommen. Warum Grundeinkommen? Ich kenne mittlerweile so gut wie niemanden mehr, der neben Studium oder Erwerbsarbeit noch Zeit für andere wichtige Lebensbereiche hat. Niemanden, der von den Anforderungen unserer Gesellschaft nicht restlos überfordert wäre. Der Zwang zur Erwerbsarbeit macht uns krank und unsere irrsinnige Überproduktivität den Planeten kaputt. Es wird Zeit, damit aufzuhören!

Und was genau fasziniert Dich an Attac, warum engagierst Du Dich so zeitintensiv?
Attac ist meine politische Heimat geworden. Ich halte außerparlamentarischen Protest für essentiell! Parteien, Gewerkschaften und andere hierarchisch-patriarchalische Strukturen interessieren mich nicht besonders, sie sind allesamt Teil eines Systems, das niemand vermissen wird, wenn es endlich einer emanzipatorischen Gesellschaftsform Platz gemacht hat. Deshalb freue ich mich besonders auf die Sommeruniversität in Paris 2014!

Du sprichst die ESU, die europäische Sommeruniversität, an. Was erwartet uns denn in Paris?
Erstmal ist so eine europäische Sommeruniversität etwas ganz Besonderes. In unserer privatisierten Gesellschaft werden die Räume sowohl ideologisch als auch real immer enger. Real ist es inzwischen kaum noch machbar, freie oder bezahlbare Räume zu finden, wo wir uns treffen können, um frei zu denken und kreativ zu werden. Die ESU ist so ein freier Raum. Sie ist eine Plattform, auf der real etwas Wegweisendes passieren kann. Und dass etwas Spannendes, etwas Lebendiges passiert, ist dringend notwendig in einer Welt, die mehr und mehr zerfällt.
Ich bin Mitglied der Vorbereitungsgruppe für diese Sommeruniversität, zu der hunderte aktive und interessierte Menschen aus ganz Europa anreisen werden, um sich auszutauschen, zu vernetzen und an Alternativen für eine andere Welt zu arbeiten. Die letzte ESU in Freiburg habe ich für mich als unglaublich bereichernd erlebt. Es ist eine offene Veranstaltung, zu der jede und jeder auch ohne große Vorbildung hinkommen kann. Ich möchte alle diejenigen nach Paris einladen, die sich zu den oft komplexen globalisierungskritischen Themen weiterbilden wollen, die viele nette Menschen kennenlernen möchten, sommerliche Tage in Paris genießen wollen und sich gleichzeitig für eine bessere Welt einsetzen möchten!

Dein Plädoyer lautet also: Im Sommer auf nach Paris! Danke, Brit, für das Gespräch!

Interview: **Stephanie Handtmann**

Europäische Sommer-universität 2014



Wirtschaftspolitik verstehen – Alternativen entwickeln – Solidarität entfalten – Aktionen planen

Die Zukunft Europas in drei Themenblöcken:

1. Die Europäische Union – Sieht so Demokratie aus?
2. Es geht nicht nur um die Wirtschaft! – Soziale und Umweltaspekte der Krise
3. Europa in der Welt: Das Ende der Welt wie wir sie kennen – kann uns das egal sein?

19. bis 23.08.2014 in der Universität Paris-Diderot im Zentrum von Paris
Günstige Übernachtungsmöglichkeiten werden bereitgestellt.

Mehr Infos: www.esu2014.org
Kontaktadresse: ESU14@attac.de

Stärker als Lobbyismus

Attac kämpft weiter für die Energiewende



Foto: Julia Baier

Es wird eng für die großen Energiekonzerne Eon, RWE, Vattenfall & Co. Weil ihre Kohle-, Atom- und auch Gaskraftwerke durch den stetigen Ausbau der erneuerbaren Energien immer unwirtschaftlicher werden, haben sie den nächsten Angriff auf die Energiewende gestartet. Die alten Lobbyisten in der neuen Bundesregierung wollen die Energiewende ausbremsen und die Macht der konventionellen Energiewirtschaft sichern.

Millionen Menschen im Süden der Welt leiden bereits unter den Folgen des Klimawandels, verursacht durch eine Wirtschaft, die auf Konkurrenz und permanentem Wachstum basiert. Gleichzeitig zementieren atomare und fossile Energieträger die Macht der unkontrollierbaren Energiekonzerne. Außerdem ist Zugang zu Energie völlig ungerecht verteilt – global und auch in Deutschland.

Lobbyisten versuchen nun, erneuerbare Energien gegen soziale Rechte auszuspielen. Aber nicht die Energiewende ist Schuld an der Last der steigenden Strompreise, sondern der Profitzwang der Konzerne, die Befreiungen von der EEG-Umlage für viele Unternehmen, die Mechanismen der Strombörse, aber auch die wachsende Armut und soziale Ungerechtigkeit in der Bundesrepublik.

Attac setzt sich dagegen für eine soziale, ökologische und demokratische Energieversorgung ein. Dafür muss unser Energiesystem jetzt umgebaut werden: Energie muss massiv eingespart und der reduzierte Bedarf vollständig ökologisch erzeugt werden. Und es geht bei Energieeinsparung auch um Fragen der Produktion: um Konversion und gute Arbeit, um Erprobung regionaler, solidarischer Wirtschaftsmodelle und um neue Modelle sozialer Sicherung. Energie- und Mobilitäts-Basisversorgungen müssen als soziale Grundrechte durchgesetzt, Stromabklemmungen verboten werden. Wir brauchen den sofortigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Und auch die Kohleindustrie sollten wir besser heute als morgen abschalten. Alle diese Forderungen stehen in absolutem Widerspruch zum Profitzwang, dem die Stromkonzerne im herrschenden Gesellschaftssystem unterworfen sind. Die Energieversorgung muss daher vergesellschaftet werden, direkt-demokratisch kontrollierten Stadtwerken und Genossenschaften gehört die Zukunft. Wir wollen eine erneuerbare, dezentrale und demokratische Stromversorgung, an der alle Menschen, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten und ihrer Herkunft, partizipieren können.

Zum Glück haben die Energiekämpfe-Bewegungen in den letzten Jahren an Breite und Vehemenz gewonnen. Die Anti-Atom-Bewegung hat die Abschaltung von mehreren Atomkraftwerken nach Fukushima erzwungen, Anti-Kohle-Initiativen konnten in den letzten Jahren den Neubau von knapp 20 Kohlekraftwerken verhindern. Die Klimacamps in der Lausitz und im Rheinland haben auch 2013 wieder hartnäckig und mit zum Teil ungehorsamen Aktionen für den sofortigen Stopp der Braunkohleindustrie protestiert. In Hamburg und Berlin haben jeweils breite Bündnisse – mit unterschiedlichem Erfolg – versucht, mithilfe von Volksbegehren die Rekommunalisierung der städtischen Energieversorgung durchzusetzen.

Zuletzt haben sich 16.000 Menschen aus diesen Bewegungen bei der Demo „Energiewende retten“ am 30. November in Berlin versammelt, um den Angriff von Merkel und Co. auf die erneuerbaren Energien abzuwehren und um ihre Auseinandersetzungen und Visionen in eine breite Öffentlichkeit zu tragen. AktivistInnen von Attac mischen bei vielen dieser Initiativen und Kampagnen aktiv mit.

Hendrik Sander, Attac-AG Energie-Klima-Umwelt

www.attac-netzwerk.de/ag-eku

Gemeinsam mit der Attac-AG Jenseits des Wachstums, Powershift und BUKO (Arbeitsschwerpunkt gesellschaftliche Naturverhältnisse) lädt die Attac-Arbeitsgruppe Energie-Klima-Umwelt zu einer Tagung nach Hannover ein:

Schon mal abschalten?!

Wie können klimaschädliche Industriebereiche beendet werden?

Im ersten Teil dieser Tagung stellen wir uns die noch nicht so übliche Frage: Welche klimaschädlichen Industriebereiche sind verzichtbar, um Energiewende und Klimagerechtigkeit zu schaffen? – „Was schalten wir schon mal ab?“ Und wenn wir diese Frage ernst nehmen, führt das sofort zu völlig berechtigten Nachfragen – das ist der zweite Teil der Tagung: „Was ist denn dann mit den Arbeitsplätzen, was nimmt die Angst? Was verhindert eine bloße Auslagerung dreckiger Industrie? Welche Schritte zur Postwachstumsökonomie gehen über das Radieschenpflanzen hinaus, hin zu strukturellen Alternativen? Und wie handeln wir das gesellschaftlich aus, während die Zeit drängt?“

Im März finden außerdem vielerorts dezentrale Aktionen zum Fukushima-Jahrestag statt. Weitere Termine werden am 10. Mai die nächste Energiewende-Demonstration in Berlin und die Klimacamps im Sommer und Herbst sein. Auch im Rahmen von Blockupy sind Aktionen geplant.

Kul.tour stoppt TTIP

Raus aus der Freihandelsfalle



Stell dir einmal eine Welt ohne Buchhandlungen, Programmkinos und Theater vor. Statt anspruchsvoller Filme nur Blockbuster in den Kinos, Bücher gäbe es ausschließlich über Amazon, kritische Theaterstücke wären Geschichte. Ziemlich trist, was?
Doch genau so könnte eine Welt mit TTIP aussehen. Neben seinen drastischen Folgen für die Demokratie, den Verbraucherschutz und die Umwelt könnte das Freihandelsabkommen auch die Kulturlandschaft dramatisch verändern, durch Liberalisierung und Deregulierung würde Kultur völlig dem „freien Markt" unterworfen werden.
Die Folgen wären fatal: Filmförderungen, für kleine Produktionen von existentieller Bedeutung, stünden vor dem Aus, zahlreiche Produzent-, Regisseur- und SchauspielerInnen vor dem wirtschaftlichen Ende. Fiele die Buchpreisbindung, wie von großen Konzernen wie Amazon gefordert, wären SchriftstellerInnen, Verlage und kleine Buchhandlungen vom Aussterben bedroht. Ohne Subventionen müssten die meisten Theater dicht machen oder sich komplett dem „Sponsoring" großer Unternehmen und Banken unterwerfen.
Beschwichtigende, PR-geschulte PolitikerInnen behaupten gerne, die „audio-visuellen" Medien seien von den Verhandlungen ausgenommen und somit nicht gefährdet. Doch diese „Ausnahme" ist nur vorläufig – der Kultursektor kann also jederzeit wieder auf der „Schlachtbank" landen.
Dies wollen wir verhindern: Mit der „Kul.tour stoppt TTIP" wenden wir uns mit vielen KünstlerInnen und Kulturschaffenden gegen TTIP. Unter dem Motto „Raus aus der Freihandelsfalle" veranstalten wir in 13 deutschen Städten Konzerte, Lesungen und Aktionen, um auf TTIP und seine Folgen aufmerksam zu machen.
Mit KünstlerInnen, Promis, einer rollenden Bühne und vielen weiteren Überraschungen werden wir vom 2. bis zum 14. Mai durch die deutschen Lande tingeln, informieren, aufklären und unseren Protest zeigen.
Mit diesem „Kul.Tour"-Konzept wollen wir Menschen erreichen, für die TTIP zunächst nichts als eine Folge von Buchstaben ist, ZuschauerInnen, denen politische Aktion bisher fremd war, aber auch Kulturschaffende, die von TTIP unmittelbar betroffen und gefährdet sein könnten und die sich auf ihre Art gegen die Freihandelsfalle wehren möchten. Nach zwei Wochen „on the road" endet die Tournee in Berlin. Auch Konstantin Wecker ist von der Idee der „Kul.tour" begeistert:
„Beim Welthandelsabkommen TTIP geht es um nicht mehr und nicht weniger als die Entmündigung unserer Demokratie, in einem für mich bislang unvorstellbarem Ausmaß. […] Wir haben die Chance, dieses Abkommen zu Fall zu bringen. Wachen wir auf. Machen wir mit bei Protestaktionen wie der „Kul.tour stoppt TTIP" und anderen. Lassen wir die klammheimlichen Versuche, die Demokratie zu untergraben, scheitern."

Den genauen Tourneeplan, beteiligte KünstlerInnen und weitere Informationen findet Ihr in Kürze auf unserer Website www.attac.de.

Möchtest auch Du Dich bei der „Kul.tour" engagieren und gemeinsam mit uns TTIP stoppen? Dann melde Dich bei Astrid Schaffert: schaffert@attac.de

Attac-Frühlingsratschlag

29. und 30. März 2014 in Frankfurt am Main

Zwei Mal jährlich tagt der Ratschlag, das oberste Entscheidungsgremium von Attac. Neben Positionsbestimmungen werden dort Inhalte vertieft, strategische Debatten geführt sowie Entscheidungen getroffen. Der Ratschlag ist ein Ort der Vernetzung der verschiedenen Arbeitszusammenhänge, das sind unter anderem lokale Attac-Gruppen, bundesweite Arbeitsgemeinschaften und Kampagnengruppen.
Der kommende Frühjahrsratschlag tagt am 29. und 30. März in Frankfurt am Main im Studierendenhaus, Campus Bockenheim. Er befasst sich in Plenumsdebatten und parallelen Workshops schwerpunkmäßig mit den Attac-Kampagnen zum skandalösen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP), zur Konzernbesteuerung sowie mit der Vorbereitung der Blockupy-Aktionstage im Mai und im Herbst anlässlich der Einweihung des neuen EZB-Gebäudes. Außerdem stehen weitere aktuelle Themen auf der Tagesordnung.
Der Ratschlag ist eine öffentliche Veranstaltung, eingeladen sind neben allen aktiven Attacies auch interessierte Gäste.
Weitere Infos:
www.attac.de/ratschlag

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen".
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

Aus dem Attac-Shop

Harald Klimenta, Andreas Fisahn u.a.: Die Freihandelsfalle Attac-Basistext 45



Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP

Freihandel bringt Wachstum und Wohlstand für alle – so die Behauptung. Bei den Verhandlungen für ein neues Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU werden neoliberale Dogmen weiter verfolgt, obwohl die Schattenseiten der Globalisierung allgegenwärtig sind: Standortwettbewerb, Lohndumping, sinkende Standards und Gestaltungsmöglichkeiten in demokratischen Staaten.

In diesem Basistext werden die möglichen Folgen für die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Europa und Deutschland für den Fall herausgearbeitet, dass die Verhandlungen um eine „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP) erfolgreich verlaufen. Dabei sind so unterschiedliche Bereiche wie Gentechnik, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Investitionsschutz, Finanzmärkte, Datenschutz oder das öffentliche Beschaffungswesen betroffen.

Dies führt letztlich dazu, das Abkommen insgesamt infrage zu stellen. Stattdessen wird ein „Alternatives Handelsmandat“ gefordert, welches Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und Demokratie als übergeordnete Prinzipien setzt, dem sich der Handel mit Gütern und Dienstleistungen unterzuordnen hat.

Zu diesem Basistext steuern 16 FachautorInnen aus unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen Beiträge bei, die trotz ihrer Tiefe leicht lesbar und verständlich bleiben. Dieser Text ist gut zum Einstieg in das Thema TTIP geeignet, das auch für Attac im kommenden Jahr eine zentrale Rolle spielen wird.

Harald Klimenta arbeitet in der TTIP-Kampagne von Attac, er ist ebenso wie Andreas Fisahn Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Weitere AutorInnen sind Pia Eberhardt (Corporate Europe Observatory), Peter Fuchs (powershift), Fritz Glunk (Gazette), Hartmut Goebel (Attac), David Hachfeld (Oxfam), Marianne Henkel (BUND), Markus Henn (Weed), Sven Hilbig (Brot für die Welt), Johannes Lauterbach (Allianz für ein Alternatives Handelsmandat), Christoph Scherrer (Wissenschaftlicher Beirat von Attac), Ilana Solomon (Sierra Club), Guido Speckmann (Politikwissenschaftler), Rena Tangens (Digitalcourage), Berit Thomsen (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft), Lori Wallach (Public Citizen, Washington), Uwe Wötzel (Verdi)

Broschiert, 128 S., 9 EUR

Bestellungen wie immer online unter www.attac.de/shop, telefonisch unter 069/900 281–10 oder per Fax an 069–900 281–99.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht.
Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.
Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:
datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl, Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann, Dörthe Krohn, Karsten Peters, Werner Rätz, Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN
Der CO_2-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Die Große Koalition ist nicht das Ende

Für eine starke Bewegung außerhalb des Parlaments!



Mit 2013 ging ein Jahr zu Ende, das zumindest eins deutlich gemacht hat: Wir brauchen Bewegung außerhalb der Parlamente, wenn wir etwas verändern wollen! Denn auch ohne hellseherische Fähigkeiten ist abzusehen, dass eine Große Koalition kaum dazu geeignet ist, wichtige Schritte in die richtige Richtung zu gehen – sei es in Fragen der Umwelt- und Energiepolitik, der sozialen Ungleichheit oder der Regulierung der Märkte.
Doch unser politisches Engagement ist nicht von spezifischen parlamentarischen Machtverhältnissen abhängig. **Ob wir es schaffen, Themen in der Öffentlichkeit zu platzieren und auf die politische Agenda zu setzen, liegt zu einem großen Teil in unserer Hand.**
Im vergangenen Jahr ist uns das mehrfach gelungen: Mit unserem Engagement gegen Nahrungsmittelspekulation oder für eine wirksame Besteuerung großer Konzerne, aber auch mit dem Umfairteilen-Bündnis oder im Rahmen der Blockupy-Aktionstage gegen die europäische Verarmungspolitik.
Einen neuen inhaltlichen Schwerpunkt hat die Politik uns für dieses Jahr vorgegeben, und darauf müssen wir reagieren: Die Pläne für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP liegen auf dem Tisch (vgl. Beiträge in diesem Rundbrief). Dass die Verbindung der Worte „frei“ und „Handel“ meist bedeutet, dass Konzerne profitieren und Menschen verlieren, zeigt die Erfahrung der letzten Jahrzehnte. Wenn es nach den Industrieverbänden geht, sollen Konzerne Staaten verklagen können, wenn Umwelt- oder Sozialgesetze ihre Gewinnerwartungen schmälern. Im Supermarkt sollen ohne Kennzeichnungspflicht Hormonfleisch und gentechnisch veränderte Lebensmittel angeboten werden. Energiekonzerne sollen sich die Erlaubnis zum Fracking erklagen können. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs!
Wir müssen uns dringend dafür stark machen, dass dieses Abkommen gekippt wird. Dafür haben wir für 2014 viele Aktivitäten geplant. **Bitte unterstütze uns dabei mit einer Spende, damit sie gelingen!**
Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden geht das ganz unkompliziert – herzlichen Dank!

In eigener Sache

Der Überweisungsträger, mit dem Sie uns finanziell unterstützen können, hat sich mit dieser Ausgabe des Rundbriefs verändert. Die verpflichtende Umstellung auf den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) machte nötig, dass der Überweisungsträger künftig nicht mehr Kontonummer und Bankleitzahl, sondern IBAN und BIC abfragt. Ihre IBAN und BIC erfahren Sie von Ihrer Bank; in der Regel finden Sie beide Angaben auch auf der Rückseite Ihrer Bank- oder EC-Karte.
Mehr Infos:
www.attac.de/spenden/sepa

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts
BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.
IBAN
DE57430609670800100800
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)
ggf. Stichwort
RBF1401
PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)
IBAN
DE
06

SPENDE

Datum
Unterschrift(en)